

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Den Abschiebestopp für Kurden zu verlängern, fordert **Dr. Cornelia Sonntag MdB**: Der Bundesinnenminister muß seine Position revidieren.

Seite 1

Für die Novellierung des Alt-schuldenhilfegesetzes plädiert **Achim Großmann MdB**: Die Koalitionsfraktionen sind am Zuge.

Seite 2

Zum 90. Geburtstag von Fritz Heine gratuliert **Inge Wettig-Danielmeier MdB**: Ein lebenslanges Engagement für mehr Gerechtigkeit.

Seite 3

Dokumentation

Der **SPD-Parteivorstand** hat einen Beschluß zur Stärkung der Sozialdemokratie in den neuen Bundesländern gefaßt. Wortlaut

Seite 4

49. Jahrgang / 232

6. Dezember 1994

Abschiebestopp für Kurden verlängern Der Bundesinnenminister muß seine Position revidieren

Von **Dr. Cornelia Sonntag MdB**

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Bundesinnenminister auf, der von der Mehrheit der Länder gewünschten Verlängerung des Abschiebestopps für Kurdinnen und Kurden zuzustimmen. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion auf ihrer Sitzung am 5. Dezember 1994 einmütig verabschiedet. Auf der Innenministerkonferenz vom 25. November 1994 hatte sich der Bundesinnenminister über die Mehrheit der Bundesländer hinweggesetzt und sein nach dem Ausländergesetz notwendiges Einvernehmen zur Verlängerung des Abschiebestopps verweigert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hält diese Entscheidung nicht für hinnehmbar. Sie muß revidiert werden. Die Bundesregierung soll den Bundesinnenminister veranlassen, sein nach Paragraph 54 Ausländergesetz notwendiges "Einvernehmen" unverzüglich nachzuholen. Die Bundesländer, die noch keinen Abschiebestopp erlassen haben, werden aufgefordert, dem Beispiel der anderen Länder zu folgen. Der Deutsche Bundestag hat damit in der kommenden Woche Gelegenheit, ein Signal der Humanität zu setzen. Und das ist notwendig.

Berichte aus verlässlichen Quellen über brutale Militäraktionen, Folter, Dorferstörungen und allgemeine Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Siedlungsgebieten häufen sich. Auch sprechen immer deutlichere Anzeichen dafür, daß Kurdinnen und Kurden, die sich zu ihrer Volkszugehörigkeit bekennen, keine sogenannte inländische Fluchtalternative - etwa in die Westtürkei - haben. Darauf hat noch im November unter anderem amnesty international in einem Brief an die Innenministerien hingewiesen. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten herzlich wenig dazu beigetragen, die Situation der Menschenrechte in der Türkei sorgfältig zu überprüfen. Sie muß jetzt den Weg für einen in ganz Deutschland einheitlichen Abschiebestopp ebnen.

Von den Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland Zuflucht finden, erwartet der Deutsche Bundestag - wie von allen Bürgerinnen und Bürgern - die strikte Beachtung der deutschen Rechtsordnung. Straftäter sind deshalb vom allgemeinen Abschiebestopp auszunehmen.

(-/6. Dezember 1994/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 180167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vertriebspartner UNIKON
alle weiteren Einzelheiten
Karlshagen-Post



**Das Altschuldenhilfegesetz endlich novellieren
Die SPD-Bundestagsfraktion bringt einen Gesetzentwurf ein**

Von Achim Großmann MdB

Die Bundesregierung zögert die von Seiten der Mieter wie der Wohnungswirtschaft seit langem geforderte Novellierung des Altschuldenhilfegesetzes nunmehr seit bald einem Jahr hinaus.

Bereits im Februar dieses Jahres hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem umfassende Reformvorschläge zum Altschuldenhilfegesetz enthalten waren.

Bei den Koalitionsfraktionen stieß diese Initiative auf wenig Gegenliebe - obwohl insbesondere Abgeordnete aus den neuen Bundesländern von deren Richtigkeit überzeugt waren.

Im Wahlkampf hat die damalige Bundesbauministerin eine der Forderungen aufgenommen und angekündigt, daß in Zukunft auch die Ausgründung von Genossenschaften als Privatisierung nach dem AHG anerkannt werden solle. Politisch umgesetzt wurde diese Ankündigung bis heute nicht, in den Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU/FDP findet sich kein Wort zu dieser Problematik.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht heute mit der Einbringung Ihres Gesetzentwurfs zum AHG deutlich, daß sie die Probleme der ostdeutschen Wohnungswirtschaft ernst nimmt und Mieterinnen und Mietern die Angst vor dem Verkauf ihrer Wohnungen nehmen will.

Der Gesetzentwurf fordert:

1. Wohnungsgenossenschaften sollen Wohnungen nur an eigene Mitglieder veräußern.

Begründung: Genossenschaftliches Eigentum ist dem individuellen Eigentum gleichzustellen, eine Privatisierung genossenschaftlichen Eigentums an Dritte ist damit ausgeschlossen.

2. Individuelle Überprüfung der Privatisierungsverpflichtung für alle Wohnungsunternehmen mit vorwiegend in Plattenbauweise errichteten Wohnungen in strukturschwachen Gebieten oder sozial schwachen Mieterstrukturen.

Begründung: Die generelle Privatisierungsverpflichtung hat sich für Wohnungsunternehmen mit den geschilderten Bedingungen in die Vergangenheit als schwierig herausgestellt, eine individuelle Prüfung ist daher unumgänglich.

3. Kleine Wohnungsgesellschaften werden von der Privatisierungsverpflichtung befreit.

Begründung: Die wirtschaftliche Existenz kleiner Wohnungsgesellschaften mit weniger als 400 Wohneinheiten soll durch die Privatisierungsverpflichtung nicht gefährdet werden.

4. Die Abführung eines Teils des Privatisierungserlöses an den Erblastentilgungsfonds wird unabhängig vom Zeitpunkt der Privatisierung gestattet.

Begründung: Eine entsprechende Regelung gibt den Wohnungsunternehmen die Möglichkeit, vernünftige Privatisierungskonzepte ohne zeitlichen Druck zu erarbeiten. Mieterinnen und Mietern wird Zeit gegeben, sich für den Erwerb ihrer Wohnung zu entscheiden.

Außerdem wird in dem Gesetzentwurf festgelegt, daß die Ausgründung von Genossenschaften als Privatisierung nach dem AHG anerkannt wird.

Bundesregierung und Koalitionstraktionen sind nun am Zuge: Wenn es ihnen mit einer Neugestaltung der Wohnungspolitik ernst ist, sollten sie Mieterinnen und Mietern sowie der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern umgehend signalisieren, daß sie bereit sind, unseren Gesetzentwurf zu unterstützen. Dies wäre eine sinnvolle Nikolaus-Überraschung für viele Menschen in den neuen Bundesländern.

(-/6. Dezember 1994/rs/ks)

Ein lebenslanges Engagement für mehr Gerechtigkeit

Fritz Heine zum 90. Geburtstag

**Von Inge Wettig-Danielmeier MdB
SPD-Schatzmeisterin**

Als "Engel der Flüchtlinge" haben ihn ungezählte Juden und politisch Verfolgte während der NS-Zeit empfunden, die er - oft unter Gefährdung des eigenen Lebens - rettete. Als "Gerechter der Völker" wurde er dafür von der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel ausgezeichnet. Fritz Heine, langjähriges Vorstandsmitglied und Pressesprecher der SPD sowie Geschäftsführer unserer "Konzentration", wird heute 90 Jahre alt.

Fritz Heine war vieles in seinem langen, ereignisreichen Leben - und er war alles mit größter Intensität und unbegrenztem Engagement. Als "Orthodoxen des linken Parteifügels", "tief in der marxistischen Gesellschaftsbetrachtung verwurzelt" wurde er ebenso dargestellt wie als "Leiter der antibolschewistischen Agitationszentrale der SPD" und "Werkzeug fremder Dienste zur Zersetzung der deutschen Arbeiterschaft und zur Wegbereitung für die Ziele des ausländischen Monopolkapitalismus".

Journalist mit Leib und Seele ist er immer gewesen. Schon als junger Mann hat er neben seiner beruflichen Tätigkeit für Zeitungen geschrieben oder sich als Herausgeber betätigt. 1925 holte ihn die SPD als Volontär zum Parteivorstand und beauftragte ihn 1928 damit, beim SPD-Parteivorstand eine "Werbeabteilung" einzurichten. Fritz Heine, mit feinem Gespür für die zunehmende Bedeutung der Massenmedien für die Verbreitung politischer Ideen, begann erfolgreich die - so Alfred Nau, nach der Einführung der Schreibmaschine durch Friedrich Ebert - zweite Modernisierung der SPD. 1930 war die SPD die erste Partei, die Wahlkampf mit Tonfilmen führte. Eine moderne Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der SPD blieb in den vielen Jahren als Pressesprecher und Wahlkampfmanager unserer Partei sein großes Anliegen.

Ab 1931 begann Fritz Heine mit einer kleinen Gruppe von Mitarbeitern des Parteivorstandes, die Arbeit der Partei in der bereits damals vorausgeahnten Illegalität vorzubereiten. Im März 1933 ging er in Berlin in den Untergrund und bereitete von dort die Ausreise von SPD-Vorstandsmitgliedern vor. Im Mai 1933 begleitete er als Vorstandssekretär den SPD-Vorstand ins Prager Exil. Die Herausgabe von Büchern, Broschüren und auch des "Vorwärts" blieben dort seine Aufgabe. Gleichzeitig hielt er die Verbindung zum Untergrund in Deutschland, immer wieder auch durch heimliche Reisen dorthin. Ab 1938 begann, wie für viele unserer Genossinnen und Genossen, die Odyssee durch Europa. Er ging mit dem Vorstand nach Paris, dann nach Südfrankreich, nach kurzer Internierung übernahm er zusammen mit amerikanischen Hilfsorganisationen die Evakuierung von Emigranten, oft unter Einsatz seines eigenen Lebens.

Über Portugal folgte er den verbliebenen Vorstandsmitgliedern nach London. Schon 1945 kehrte er nach Hannover zurück und begann unter anderen mit Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Erwin Schoettle mit dem Wiederaufbau der SPD.

Bereits 1946 wurde er zum Vorstandsmitglied und Pressesprecher der SPD gewählt, bis 1958 blieb er unser "Generalstabschef". Auf dem Parteitag 1958 wurde er ein Opfer der Organisationsreform. Die besoldeten Parteivorstandsämter wurden bis auf das Schatzmeisteramt abgeschafft. Für Alfred Nau war Fritz Heine einer, der "die Pfeile der Gegner auf sich lenkte, wenn es galt, Freunde zu schonen". Das hat ihn für seine Freunde unersetzlich gemacht. Kurz darauf wurde er zum Geschäftsführer des SPD-Presserverbunds "Konzentration" gewählt. Bis 1974 engagierte er sich auch in diesem Bereich.

In Fritz Heine bleibt ein wesentlicher Teil der langen Tradition unserer Partei lebendig. Er verkörpert den uneingeschränkten Einsatz für die Ziele der SPD, das lebenslange Engagement, das Leben der Menschen in diesem Land gerechter, friedlicher und menschlicher werden zu lassen. Wir sind stolz darauf, daß er zu uns gehört und wünschen ihm weiterhin alles Gute und gute Gesundheit.

(-/6. Dezember 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Sozialdemokratie in den neuen Bundesländern stärken

Zur Stärkung der SPD in Ostdeutschland hat der SPD-Parteivorstand am 5. Dezember unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping einen Beschluß gefaßt. Der Wortlaut:

Zielsetzung

Die SPD hält an ihrem Ziel fest, die strategische Mehrheit im Deutschen Bundestag zu gewinnen. Diese ist dann gegeben, wenn politisch nur eine von der SPD geführte Regierung möglich ist.

Die knappe Mehrheit der Koalition bedeutet nicht, daß die Opposition fast gleich stark wäre. Die PDS engt die Optionen der SPD ein. Die Fähigkeit der SPD, führende Regierungspartei zu werden, hängt stark davon ab, ob es ihr gelingt, in Ostdeutschland stärkste Partei zu werden.

Dazu muß sie in erster Linie bisherige PDS-Wählerinnen und Wähler auf ihre Seite ziehen.

Die SPD schließt eine Bündnisstrategie gegenüber der PDS aus. Gegen eine solche Strategie sprechen historische und politische Unvereinbarkeiten, aber auch der Anspruch der SPD, als linke Volkspartei die große, integrierende Bewegung der deutschen Linken zu sein. Innerhalb der Wählerschaft und Mitgliedschaft der PDS gibt es viele, die aus Gründen, die mit der Entwicklung 1989/90 zu tun haben, nicht den Weg zur SPD fanden. Wenn sie überhaupt von einer Volkspartei integriert werden können, dann nur von der SPD.

Die SPD-Ortsvereine in Ostdeutschland können und sollen einen aktiven Beitrag zur Versöhnung leisten, indem sie die politische Integrationsaufgabe übernehmen. Die Grenze ist da zu ziehen, wo aktive Beteiligung an Unrechtstaten vorliegt.

Die politische Verantwortung für das Erstarken der PDS liegt bei der Bundesregierung und den Bonner Koalitionsparteien. Ihre Fehler im Prozeß der Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands haben die PDS überhaupt nur zum Sammelbecken des Protests machen können. Die Maßlosigkeit der Unionskampagne nach der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt hat ebenfalls der PDS genutzt.

Praktische Schritte

a) Die ostdeutsche SPD muß politisch attraktiver werden.

Die SPD hat in den neuen Bundesländern ihre höchsten Zuwächse und damit, gemessen an ihrer niedrigen Organisationsstärke, ein insgesamt hervorragendes Ergebnis erzielt. Als zur Überwindung der SED-Diktatur noch in der Illegalität gegründete neue Partei ist sie neben Bündnis 90 als einzige Partei in Ostdeutschland nicht mit dem alten System in personeller oder politischer Kontinuität verbunden. Wenn das für die SPD erreichbare Potential in Ostdeutschland nicht ausgeschöpft werden konnte, so liegt das daran, daß die SPD in Ostdeutschland zu stark als West-Partei wahrgenommen wurde und in der Opposition nicht nachweisen konnte, daß sie die ostdeutschen Interessen besser vertritt als CDU und PDS (für diese These spricht besonders der Erfolg der SPD in Brandenburg, dem einzigen der neuen Länder, das seit 1990 von der SPD regiert wird). Es kommt also darauf an, den gesamtdeutschen Charakter der SPD zu verstärken, die ostdeutschen Interessen in der Oppositionsarbeit im Bundestag und der Regierungstätigkeit in demnächst allen ostdeutschen Ländern mit Ausnahme Sachsens deutlich hervorzuheben und auf breiter Ebene als bürgernaher Partner für die Menschen in Ostdeutschland erlebbar zu werden.

b) Die ostdeutsche SPD muß organisatorisch stärker werden.

Die schwache Organisationsstruktur in Ostdeutschland ist ein klares Handicap für die SPD in Wahlkämpfen und in der täglichen politischen Arbeit. Verbesserungen sind möglich

- durch die Einrichtung eines dichten Netzes von Bürgerbüros der ostdeutschen Landtags- und Bundestagsabgeordneten;
- durch Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten;
- durch breitere Schulungsangebote für Funktionäre der Partei auf allen Ebenen;
- durch Fortsetzung der Strukturhilfe der Bundespartei;
- durch verstärkte Präsenz der Mitglieder der Parteiführung und der Bundestagsfraktion und ihrer Gremien in Ostdeutschland;
- durch Mitgliederwerbeaktionen unter organisatorischer und finanzieller Beteiligung des Parteivorstandes;
- durch Verbesserung der Qualifikationen des hauptamtlichen Apparates.

c) Die SPD muß sich für neue Mitglieder öffnen

Bei vielen Gelegenheiten, zuletzt in der Dresdner Erklärung vom 11. August 1994, hat die SPD darauf hingewiesen, daß sie offen ist für die Menschen, die sich zu sozialdemokratischen Grundwerten und Zielen bekennen. Ehemalige SED-Mitglieder, die heute keiner Partei angehören, und heutige PDS-Mitglieder sind ausdrücklich in diese Einladung einbezogen. Die SPD respektiert die Lebensläufe in Ostdeutschland. Sie kann auch verstehen, daß nach dem Erlebnis von zwei Partei-Diktaturen ein Mißtrauen gegenüber Parteien überhaupt entstanden ist. Die SPD aber ist die Partei in Deutschland, die den Diktaturen Wider-

stand entgegengesetzt hat. Sei hat immer auf der Seite von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestanden.

d) Innerparteiliche Bildung und Qualifizierung

Der Parteivorstand entwickelt breit angelegte, aber differenzierte Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Neben einer Reihe von Bildungs- und Schulungsprogrammen für die neuen Länder sind folgende Personengruppen besonders relevant.

- o Für regional beziehungsweise kommunal aktive haupt- und ehrenamtliche SPD-Mitglieder werden besondere Qualifizierungsprogramme zur Bürgerberatung (Mieten, Steuern et cetera) angeboten; insbesondere um der PDS als sogenannte "Kümmern-Partei" etwas entgegenzusetzen.
- o Aufgrund der häufig herausgehobenen Stellung der MdB- und MdL-Mitarbeiter in den Wahlkreisen werden für sie spezielle Politik-Management Kurse durchgeführt.
- o Von zentraler Bedeutung sind dringend notwendige Trainingsprogramme für ostdeutsche Mandatsträger. Durch persönliche Ansprache und attraktive Angebote ist diese Personengruppe für spezielle Qualifizierungsangebote zu gewinnen. Rhetorikunterricht, Medientraining u.ä. sind individuell zu entwickeln. Der durchaus hohe Aufwand (Einzeltraining et cetera) darf nicht gescheut werden!

Politischer Umgang mit der PDS

Mit der PDS muß eine harte inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden. Die PDS ist ein politischer Gegner, der auch seinerseits im Wahlkampf und in der langfristigen Strategie die SPD zu seinem Hauptgegner gemacht hat. Sie ist nicht die linkere Sozialdemokratie, sondern die Nachfolgepartei der SED. Deshalb ist klare Abgrenzung in der Sache nötig, wie sie sich aus den unterschiedlichen Programmen leicht erschließt. Eine solche Abgrenzung in der Sache, wie sie gegenüber allen konkurrierenden Parteien notwendig ist, bedeutet nicht, daß die Wählerinnen und Wähler der PDS ausgegrenzt werden sollen. Es können der PDS auch nicht die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten versagt werden. Das würde sie in eine Märtyrerrolle bringen und vermutlich breite Solidarität in Ostdeutschland auslösen. Normale parlamentarische Kontakte stellen kein Problem dar, sie gehören zu einer funktionsfähigen Demokratie. Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene mit der PDS kommen nicht in Betracht. Wo die SPD an der Regierung beteiligt ist, ist die PDS in der Opposition, wo die SPD selber in der Opposition ist, gibt es keine Koalition in der Opposition. Auf der anderen Seite wird die SPD nicht deshalb auf ihre Initiativen verzichten, weil die PDS möglicherweise zustimmen könnte. Auf der kommunalen Ebene, wo alle Parteien schon aufgrund der Gemeindeordnungen zusammenarbeiten müssen und dies in der Praxis auch tun, ist eine Abgrenzung gegenüber der PDS über die inhaltliche Auseinandersetzung unverzichtbar.

Es kann offenbleiben, ob die PDS nur eine Erscheinung des Transformationsprozesses in Ostdeutschland ist und nach Abschluß dieses Prozesses von selber verschwinden wird. Die offensive Auseinandersetzung ist jetzt notwendig. Die SPD kann nicht zulassen, daß ihre Mehrheitsfähigkeit durch die Existenz einer Partei beeinträchtigt wird, die sich links von ihr in den Parlamenten etabliert. Diese Auseinandersetzung kann und muß selbstbewußt geführt werden. Die Gründungsgeschichte der SPD in Ostdeutschland und die Rolle der SPD als gesamtdeutsche starke und durchsetzungsfähige Partei bieten Vorteile, die es zu nutzen gilt.

(-/6. Dezember 1994/rs/ks)
